

Bündnis-Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer
(1. Vorsitzender)
D-30451 Hannover
Leinaustr. 3

thomasbauer@buendnis-zukunft.de
www.buendnis-zukunft.de

Hannover, Stand 3. Oktober 2008

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Freunde und Unterstützer,

Mit Datum von 17.6 2008 hat der Bundeswahlleiter der Pazifistischen Partei „Bündnis für die Zukunft“ den Parteienstatus aberkannt. Trotz zahlreicher, teils intensiver Kontakte zu Friedens,- Sozial,- Menschenrechts, und Umweltinitiativen ist es uns nicht gelungen eine mitgliederstarke, gemeinwohlorientierte Partei aufzubauen, die mit Aussicht auf Erfolg an Wahlen hätte teilnehmen können.

Zu viele gesellschaftskritische Menschen sind politisch passiv geblieben und glauben immer noch mit Protesten, die notwendigen Veränderungen bewirken zu können, statt sich selbst um den erforderlichen gesetzgeberischen Einfluss zu bemühen, um das zu ändern.

Auch wenn die etablierten Parteien erneut das Blaue vom Himmel versprechen, um wieder gewählt zu werden, wird sich die destruktive Politik fortsetzen:

- schon die Staatsverschuldung von 1,5 Billionen Euro und die Zinszahlungen dafür (2007 schon 68,1 Mrd. €), lassen trotz „sprudelnder“ **Steuernehreinnahmen** bisher kaum Spielräume für vergleichsweise geringe Entlastungen wie z.B. die „Pendlerpauschale“ zu. Auch Lohn- oder Rentenerhöhungen können Preiserhöhungen und Inflation längst nicht mehr ausgleichen.
- die immer größer werdenden Gefahren der weltweiten deutschen Kriegseinsätze, führen zwar zu Warnungen vor ABC-Terror, nicht jedoch zu eigenem Gewaltverzicht obwohl 2/3 der Wähler dies wollen.
- statt die Kartelle der „Abkassierer“ zu stoppen werden sie sogar durch eine Unternehmenssteuerreform und Subventionen fortgesetzt begünstigt.
- die systembedingte Umverteilung durch das Zinseszins-System von jährlich fast 500 Milliarden Euro an die Geldverleiher mit ihren **sozialzerstörerischen** Auswirkungen, wird ebenfalls weitgehend totgeschwiegen

Am Schweigen über diese Zentralfragen wird deutlich, dass die etablierten Parteien und auch viele Kleinparteien die Wähler weiterhin über die wichtigsten Zukunftsfragen hinwegtäuschen wollen.

Um nicht länger belogen und betrogen zu werden ist deshalb ein „**Bündnis gemeinwohlorientierter Bürger**“ notwendig. Nur noch Menschen mit **nachweislich** gemeinwohlorientiertem Engagement sollten in Zukunft in die Parlamente gewählt werden.

Die Internetseite www.buendnis-zukunft.de bleibt bis auf weiteres als Diskussions- und Informationsforum bestehen.

Ob es Sinn macht, erneut einen Parteienstatus anzustreben, wird davon abhängen, ob systemkritische Bürger und Initiativen über Proteste hinaus auch zu politischem Handeln fähig sind.

Der Bundesvorstand
Bündnis für die Zukunft

Alle Menschen, die wirkliche Veränderungen anstreben, sollten keine Parteien mehr wählen oder unterstützen, die nicht **wenigstens** die nachfolgenden 12 Forderungen **eindeutig** vertreten:

1. Um **Scheindemokratien** und **Günstlingsgesetze** zu **verhindern**, müssen Strukturen geschaffen werden, um **a l l e** bestehenden Gesetze auf **a l l e n** Ebenen **durch Volksabstimmungen korrigieren zu können**.
2. **Soziale Gerechtigkeit** ist durch die rigorose Besteuerung **aller leistungslosen** Einkommen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer herbeizuführen. Es darf keine Verlagerung der staatliche Fürsorgepflicht auf private Risikovorsorge geben, sondern das Ziel muss die **Bewahrung solidarischer Sozialsysteme** als **Bürgerversicherung für alle** sein, weil die Staatsverschuldung von 1,5 Billionen **jede** private Zukunftsvorsorge unkalkulierbar macht. Kinder, Rentner und Arbeitsunfähige können aus den jährlichen Zinserträgen von fast 500 Milliarden Euro der Banken ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. Außerdem sind Existenz sichernde Mindestlöhne einzuführen. Solange Dividenden gezahlt werden, darf es keine Lohnkürzungen oder Massenentlassungen geben (30 deutsche DAX-Unternehmen wollen **2008 28 Mrd.** Dividenden ausschütten und allein die deutsche „**Dividendenkönigin** Susanne Klatten-Quandt, „**verdiente**“ **2007 2 Milliarden 366 Millionen Euro!!**)
3. Die **Staatsentschuldung darf nicht durch „dreistellige Milliardenbürgschaften“ mit Geheimhaltungsklauseln verhindert werden**. Der bisher mit 1,5 Billionen Euro (davon 1 Billion Militärausgaben) belastete Staatshaushalt ist zur Abwendung des Staatsbankrotts neu zu ordnen. **68,1 Milliarden an Zinszahlungen im Jahr 2007** aus Steuermitteln sind trotz massiven Steuererhöhungen und Sozialabbau nicht länger bezahlbar. Der Verkauf von Staatseigentum und Versorgungsunternehmen ist ein vergeblicher Versuch finanziell handlungsfähig zu bleiben. Die Ankündigung eines „**ausgeglichene Bundeshaushalts**“ **verschweigt, dass ohne Schuldentilgung eine automatische Neuverschuldung** von jährlich 70 Milliarden Euro allein durch die Zinsen erfolgt. Der **akut drohende Staatsbankrott** muss durch ein **Zinsmoratorium** und **eine Umlaufsicherung des Geldes** abgewendet werden.
4. Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht durch Einzelpersonen oder Konzerne gefährdet die Demokratie. „Eine neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist.“ Dies stand schon im Ahlener Programm der CDU von 1947! Chancengleichheit für **a l l e** gesellschaftlichen Gruppen bedeutet u. a. die Ermöglichung des Zugangs für alle zu qualitativ hoher und **kostenloser** Bildung. Gemeinschaftsschulen sind der beste Weg eine vorzeitige **soziale Selektion zu vermeiden**. **Unabhängige** Bildungsstätten und Medien mit gesicherter Bürgerbeteiligung tragen auch dazu bei.
5. Auf **wirtschaftlicher Ebene** muss die **Grundsicherung** bei **Energie, Wasser und Verkehr** nach Artikel 14/15 GG (Vergesellschaftung zum Allgemeinwohl) „**Non Profit-Gesellschaften**“ unter öffentlicher Kontrolle übertragen werden. Dezentrale Strukturen und kleine und mittelständische Unternehmen sind besonders zu fördern. Steuerbegünstigungen müssen bei Betriebsverlagerungen ausgeschlossen bleiben.
6. **Zukunftstechnologien** müssen auch gegen den Widerstand alter Monopole durchgesetzt werden. Erneuerbare und lebensfördernde Technologien müssen Hauptziele staatlich geförderter Forschung werden. Eine unabhängige Technikfolgenabschätzung wird angesichts zunehmender Risikotechnologien (Mikrowellen, Gentechnik etc.) immer dringender. Ein schnellerer Ausstieg aus der Atomtechnologie ist wegen der **ständigen** Freisetzung radioaktiver Stoffe schon im „**Normalbetrieb**, der ungelösten Endlagerung“, sowie dem ständigem Unfallrisiko und möglichen Terroranschlägen immer dringender. Es darf grundsätzlich **keine Staatshaftung** mehr für RISIKO-Technologien geben!
7. Krankheiten müssen nach medizinischen Erfordernissen statt nach Zahlungsfähigkeit oder sozialem Status behandelt werden. **EINE** gemeinsame Krankenversicherung für **a l l e**, mit völliger Therapiefreiheit, ohne Praxisgebühr ist nötig. **Gesundheitsvorsorge** muss Vorrang vor Symptombekämpfungsmedizin erhalten. Umwandlungen von Krankenhäusern in „Rentabilitäts-Kliniken“ sind abzulehnen. Eine **Firmenhaftung für alle gesundheitsschädigenden Produkte ist anzustreben**.
8. **Deutschland muss aus der NATO austreten**. Die „**Aufrüstungsverpflichtung**“ der EU und die **US Raketenstationierung in Polen** sind abzulehnen. Deutschland darf sich nicht an einem neuen Wettrüsten beteiligen. Es darf keine deutsche Beteiligung an „**militärischen Friedensmissionen**“ geben! Stattdessen muss es eine Rückbesinnung Deutschlands auf seine Friedensgelöbnisse geben. **Die Bundeswehr ist in einen Katastrophen- und Entwicklungshilfsdienst umzuwandeln**. Ein Herstellungsverbot für alle Militärwaffen und Rüstungsgüter ist notwendig.
9. Die Mitgliedschaft in der EU muss von demokratischen Reformen abhängig gemacht werden. Ein weitgehender Rechtsverzicht wie im EU-Vertrag muss durch **Volksabstimmungen legitimiert** werden. **Nationales Recht** muss **Vorrang** vor den Profitinteressen von Interessengruppen haben. Ein **Friedensvertrag** und eine – durch Volksentscheid legitimierte – **Verfassung** für Gesamtdeutschland ist nach der Auflösung der besatzungsrechtlichen Provisorien BRD + DDR völkerrechtlich unumgänglich.
10. Die Völkergemeinschaft der UNO muss durch die Abschaffung der Veto-Rechte der Atomwaffenstaaten demokratisiert und handlungsfähiger gemacht werden. Es sollte gelten: Eine Stimme für jedes Land. Die **Nichtanerkennung** des Internationalen Strafgerichtshof muss zu Sanktionen gegen die betreffenden Staaten führen. Friedenssichernde Polizeieinsätze der UNO haben mit Betäubungswaffen zu erfolgen.
11. Die **Geheimdienste** sind aufzulösen, da ihre Kontrolle parlamentarisch nicht möglich ist. Erfahrungsgemäß waren sie in der Vergangenheit für Desinformation und rechtstaatlich problematische Aktionen verantwortlich. Die Bewahrung der Freiheit kann nur durch die wachsamem Bürger selbst, die Justiz und eine freie Presse geschützt werden.
12. Der **öffentliche Nah- und Fernverkehr**, vor allem die **Bahn** sind auszubauen und angemessen zu fördern. Zum derzeit stärker subventionierten, aber unökologischerem Straßen- und Flugverkehr, ist dieser als wirkliche Alternative zu nutzen. Die Privatisierung der Bahn löst keine Probleme und ist deshalb abzulehnen.